



F O R U M

MIGRATION

AUSLÄNDISCHE JUGENDLICHE

Ausbildungshemmnisse abbauen

Im Görlitzer Park in Berlin Kreuzberg geht es bei schönen Wetter rund. Es wird geschlendert, gegrillt und gebolzt. Zwei Jugendliche türkischer Herkunft, die fußballerische Kunststücke üben, lassen sich gerne unterbrechen. Ja, beide haben einen Job. Der eine lernt Einzelhandelskaufmann, der andere – Murat – hat ausgelernt, er ist Kfz-Mechaniker. Natürlich wissen sie, dass sie eher gut dran sind.

Nur 39 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben 1999 eine Ausbildung im dualen System erhalten, bei den jungen Deutschen sind es 68 Prozent. Der Wert stieg von 25 Prozent 1986 auf 44 Prozent 1994 und sank dann wieder auf 38 Prozent 1998. Ob die leichte Steigerung zu 1999 eine Trendwende ist, wird sich erst noch zeigen müssen.

Wenn ausländische Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, dann eher in Berufen, die für junge Deutsche weniger attraktiv sind, etwa Friseur/in oder Installateur, mit einem

Ausländeranteil an allen Auszubildenden von 17,0 bzw. 10,8 Prozent. Hier sind die Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen geringer, die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind eher ungünstig und das Arbeitsplatzrisiko ist größer. In attraktiveren und in den neuen Berufen sind sie weitaus unterrepräsentiert. Während Migrantenjugendliche einen Anteil von zwölf Prozent der Jugendlichen (in Westdeutschland) ausmachen, sind sie in den Medien- und neuen IT-Berufen nur zu drei Prozent vertreten.

Mona Granato vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) verweist auf verschiedene Ausbildungshemmnisse, etwa Vorurteile und Diskriminierung gegenüber ausländischen Jugendlichen, aber auch einen geringeren Zugang zum betriebsinternen Arbeitsmarkt, was schlicht heißt: deutsche Eltern haben in der Regel ein besseres Netz von Kontakten und Informationen im Betrieb und können ihre Kinder eher „unterbringen“.

Ein Mittel, um die Situation zu verbessern, hat das BIBB vor kurzem ins Leben gerufen, ein „Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsausbildung“ (GPC). Hier werden erfolgreiche Beispiele vorgestellt und Kriterien dafür entwickelt, was den Erfolg ausmacht. Daneben werden Informations- und Kommunikationsstrukturen aufgebaut, um Institutionen und Beteiligte zusammenzubringen.

Informationen zur Situation ausländischer Jugendlicher bei und dem „Good Practice Center“ (GPC) Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), 53043 Bonn Tel. 0228 / 107-0, Fax: 0228 / 107-29 77 E-Mail: zentrale@bibb.de, E-Mail (GPC) gpc@bibb.de Internet: www.bibb.de

IM FAX-ABRUF

Im April hatte der DGB seine Positionen für die Regelung der Einwanderung verabschiedet (siehe Forum Migration Nr. 20). Dies sind zum einen die „Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Regelung der Einwanderung“ und zum anderen die „Thesen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Regelung der Einwanderung“. Letztere hatten wir in der Ausgabe 20 als Fax-Abruf angeboten. Jetzt liegen auch die „Grundsätze...“ als Fax-Abruf vor.

Hier beide Nummern

Thesen: 0211/4301-615 (3 Seiten)

Grundsätze: 02114301-616 (18 Seiten)

Inhalt

SEITE 2

- **ASET:** Interkulturelle Berufsausbildung
- **Freiwilliges ökologisches Jahr:** Quote für ausländische Jugendliche
- **Dokumentation:** Recklinghäuser Tagung

SEITE 3

- **DGB-Jugendbildungsstätte:** Mühsames Engagement gegen Rechts
- **IG BCE:** Perspektive Europa

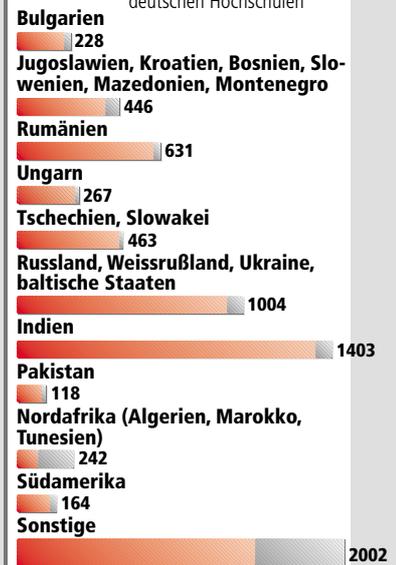
SEITE 4

- „Die Würde des Menschen als Auftrag“ von **Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern
- **Pro Asyl:** Alle Kinder haben Rechte

Zahlenwerk

Zusicherung von Arbeits-erlaubnissen für ausländische IT-Fachkräfte (Green Cards)

- aus dem Ausland eingereist
- Studienabschluss an deutschen Hochschulen



Stand: 27 April 2001; Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Das letzte Seminar vor der Sommerpause ist etwas für Kurzentschlossene. Es findet Anfang Juni statt.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Grundkurs Anti-Rassismus-Training. 5. bis 8. Juni, DGB-Bildungszentrum Hamburg-Sasel.

Anmeldungen bei:

DGB-Bildungswerk
Bereich Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211 / 43 01 - 134

Das Bildungsprogramm 2001 kann **bestellt werden bei:**

toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
E-Mail: schwendemann@toennes-gruppe.de

ASET

Interkulturelle Berufsausbildung

Bei der Frage nach der Arbeitsmarktsituation für Jugendliche mit Migrationshintergrund taucht als – zumeist leider nicht genutzter – Vorteil auf, dass sie zweisprachig sind und über Kenntnisse unterschiedlicher Kulturen verfügen. An diesem Punkt setzt die Asociación Hispano-Alemana de Enseñanzas Técnicas (ASET) an. Dieser gemeinnützige Verein führt seit mehr als 15 Jahren eine zweisprachige interkulturelle Berufsausbildung nach dem deutschen dualen System durch. Angeboten werden Ausbildungen als Bankkaufmann/frau und Industriekaufmann/frau.

Etwa 100 multinationale Unternehmen – überwiegend Tochterfirmen deutscher Unternehmen – sind Mitglied in dem Verein; bei ihnen findet der praktische Teil der Ausbildung statt. An den Berufsschulen – je eine in Madrid und Barcelona – wird von Diplom-Handelslehrern nach deutschen Lehrplänen unterrichtet. Die Abschlussprüfung wird von der Deutschen Handelskammer für Spanien durchgeführt, das

Abschlusszeugnis vom DIHT gegengezeichnet und ist damit in Deutschland anerkannt. Daneben werden in Zusammenarbeit mit den spanischen Behörden halbjährlich Zertifikate über die Ausbildungsinhalte erteilt, was die Grundlage für eine Berufsqualifikation in Spanien ist. Als zusätzliche Qualifikationen werden Business English (zertifiziert von British Chamber of Commerce) und EDV-Anwendung (zertifiziert von Siemens) angeboten.

Die AbsolventInnen – bisher rund 1000 – kennen sich gleichermaßen im spanischen wie im deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystem aus und haben neben der Beherrschung von Spanisch und Deutsch auch noch zumindest gute Kenntnisse in Englisch.

Informationen: ASET, Heidi Bellgardt,
Avda. De Burgos, 12, E-28036 Madrid
Tel.: 0091 / 383 58 30, Fax: 0091 / 383 58 33
E-Mail: aset.mad@aset.es

FREIWILLIGES ÖKOLOGISCHES JAHR

Quote für ausländische Jugendliche

Die Stiftung Naturschutz Berlin organisiert zum vierten Mal ein freiwilliges ökologisches Jahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Das Besondere: Von den 80 Plätzen, die ab 1. September besetzt werden, sind 25 für Jugendliche ausländischer Herkunft (unabhängig welchen Pass sie haben) vorbehalten.

Die Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren erhalten ein monatliches Taschengeld von 720 Mark, die Sozialabgaben werden vom

Träger der Maßnahme bezahlt. Die Arbeitsmöglichkeiten, aus denen die Betroffenen entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen auswählen können, reichen von praktischen Tätigkeiten wie Gartenpflege über Arbeit mit Kindern bis zu Tätigkeiten, zum Beispiel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Einsatzstellen sind dabei Umweltverbände, Umweltämter, Kinderbauernhöfe, Umweltlabore und ähnliches.

Informationen:

Stiftung Naturschutz Berlin
Potsdamer Str. 68
10785 Berlin
Tel.: 030 / 26 55 67 20
Fax: 030 / 25 79 97 82
E-Mail: info@foej-berlin.de
Internet:
www.stiftung-naturschutz.de

DOKUMENTATION

Recklinghäuser Tagung

Die Dokumentation der Recklinghäuser Tagung der IG BCE (siehe Forum Migration Nr. 16) ist jetzt erschienen. Auf Grund des runden Geburtstags der Recklinghäuser Tagung – sie fand zum 30. Mal statt – wurde mit Unterstützung befreundeter Organisationen eine Präsentation auf CD-ROM erstellt. Titel: „Aus Gastarbeitern werden Bürger...“

Beides kann **bestellt werden bei:**
IG BCE
Hauptverwaltung
Abt. Ausländische Arbeitnehmer
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Tel.: 0511 / 76 31 - 229
Fax: 0511 / 76 31 - 768
E-Mail: giovanni.pollice@igbce.de

IN EIGENER SACHE

Abo-Möglichkeit: Wer Interesse an Forum Migration hat, kann es kostenlos abonnieren. Wer Forum Migration abonniert hat, kann es weiter empfehlen, wenn er oder sie es für empfehlenswert hält.

Bestellungen an:

DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Straße 39,
40476 Düsseldorf, Fax: 0211/4301-134
E-Mail: Klemens.Buesch@dgb-bildungswerk.de

Der Bereich „Migration und Qualifizierung“ beim DGB-Bildungswerk ist jetzt personell komplett. Neben Bereichsleiter Leo Monz und Anna Tastsoglu, die im Sekretariat arbeitet – beide kamen vom Referat Migration des DGB-Bundesvorstands – gibt es drei neue KollegInnen. **Klemens Büsch** ist seit dem 1. April Öffentlichkeitsreferent. Der gelernte Lehrer hat zuvor im Weiterbildungsbereich für Aussiedler gearbeitet. Er koordiniert von jetzt an (unter anderem) das „Forum Migration“. Bildungsreferent ist seit dem 1. März **Jens Nieth**. Er hat Geographie studiert und kommt direkt von der Uni. Schließlich, für Kenner des Bildungswerks eine alte Bekannte: **Gabriele Emanuelli** ist von IQ Consult in den Bereich „Migration und Qualifizierung“ gewechselt und hier für Sachbearbeitung zuständig.

Als erster Ausländer erhielt **Saygun Günay** die Hans-Böckler-Medaille. Günay, zuletzt freigestellter Betriebsrat, schied im April aus Altersgründen aus dem Vorstand des Bezirks Aschaffenburg der IG BCE, dem er seit 1984 angehörte, aus. Günays Kommentar zu der Ehrung: „Ich bin stolz, ein Arbeitnehmer zu sein.“

Nach neun Jahren Arbeit im Referat Migration verlässt **Isabel Basterra** den DGB-Bundesvorstand. Die Experte für Ausländerrecht und Asylfragen übernimmt ab 1. Juni die Geschäftsführung des Arbeitskreises Asyl NRW e.V.

Zum 1. Juli scheidet **Rosaria Bartolotta** aus dem Referat Migration beim DGB-Bundesvorstand aus. Sie war neun Jahre lang für die finanzielle Abwicklung der Projekte zuständig.

DGB-JUGENDBILDUNGSSTÄTTE IN BRANDENBURG

Mühsames Engagement gegen Rechts

Zwei Autostunden nördlich von Berlin liegt das Dorf Flecken Zechlin. Der angrenzende See und die Wälder machen die Gegend zu einer Postkartenlandschaft. Für Hermann Nehls allerdings ist all dies bisweilen eher ein idyllischer Horror, und zwar nicht erst, seit ihm im Sommer 2000 mehrfach telefonisch gedroht wurde: „Wir kriegen dich, du Schwein.“

Nehls leitet seit 1993 die dortige Jugendbildungsstätte des DGB. Seither hat er mit rechtsradikalen Jugendlichen zu tun, die das Bild im Ort, aber auch in den nahe gelegenen Städten Rheinsberg und Neuruppin prägen. Ein einschneidendes Ereignis geschah Anfang 1996. Als eine Jugendgruppe aus Berlin einen Spaziergang machte, raste ein Trabi auf ein ausländisch aussehendes Mädchen zu. Sie konnte gerade noch weggezogen werden. Der Fahrer, der unumwunden fremdenfeindliche Motive für sein Verhalten zugab, wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Bildungsstätte stand in dem Moment kurz vor der Schließung. Nehls allerdings wollte nicht klein beigeben. Sein Ansatz: das Alltagsverhalten verändern und eine demokratische Gegenkultur schaffen oder da, wo sie vorhanden ist, stärken. Ein deutliches Signal: Jugendliche, die in der Bildungsstätte einen rechtsradikalen Aufkleber auf der Jacke tragen, werden zur Rede gestellt und notfalls des Hauses verwiesen. Daneben wird den Jugendlichen politische Bildung angeboten. Damit – so erläutert

Nehls seine Doppelstrategie – soll auf das Umfeld eingewirkt werden. Eine feste Verbindung zum organisierten Rechtsradikalismus haben seiner Schätzung nach nur wenige der Jugendlichen. Die anderen laufen mit.

Erfolgreich war zum Beispiel die Aktion „Brandenburg meets Kreuzberg“. In den Augen vieler Brandenburger ist der Berliner Bezirk eine Mischung aus Sündenpflanzel und Vorhölle. Nehls fuhr mit Jugendlichen aus der Region nach Kreuzberg, sie sahen sich kommunale Einrichtungen an, etwa ein Jugendzentrum. Was die Jugendlichen zumindest irritierte, war die Lebensfreude, die der Bezirk ausstrahlt. All das bewirkt natürlich keine Wunder, aber es setzt Denkprozesse in Gang.

Aber nicht nur bei Jugendlichen möchte Hermann Nehls Denkprozesse in Gang setzen. Als er im letzten Jahr – nachdem die Morddrohungen sich häuften – einen Text formulierte und dem Gemeinderat vorlegte, wurde er gefragt, ob er das Geschehen nicht aufbausche. Nach längerer Diskussion wurde schließlich eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die sich gegen rechte Gewalt wendet.

Gleichwohl ist die Situation in der Region keineswegs gewendet. Es gab Schändungen des sowjetischen Soldatenfriedhofs, Mahnmale für die Opfer des Faschismus wurden mit NS-Symbolen beschmiert. Aber auch: In Neuruppin hat sich eine – wenn auch kleine – Jugendszene gefestigt, die gegen rechts aktiv ist. ■

IG BCE

Perspektive Europa

„Europäische Migrationspolitik“ war der Titel einer von der EU geförderten Seminarreihe, die die IG Bergbau, Chemie, Energie im letzten halben Jahr durchgeführt hatte. In einer ein-tägigen Fachtagung am 10. Mai in Hannover wurden die Ergebnisse zusammengefasst und ausgewertet.

Ein Anliegen der Seminarreihe war es, den Informationsstand über die Freizügigkeit in der EU zu verbessern. Hier gibt es noch immer Lücken. Dies machte Giovanni Pollice von der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der BCE an einem einfachen Beispiel deutlich. Dass es in der EU eine Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt,

hat sich mittlerweile herum gesprochen. Nur: Nach dem Motto „Ich zieh jetzt nach Italien und sehe mich um“ funktioniert das nicht. Nach drei Monaten Aufenthalt muss der Betreffende eine Arbeit nachweisen, sonst wird es nichts mit der Aufenthaltsgenehmigung.

Richtig kompliziert freilich wird es, wenn es um ganz konkrete Fragen etwa zu Rentenansprüchen geht. Hier konnten die anwesenden Betriebsräte, die ja keineswegs Anfänger auf diesem Gebiet sind, noch einiges an Fakten und Anregungen mitnehmen.

Um auch all jene zu erreichen, die an den Seminaren und der Fachtagung nicht teilnehmen konnten, werden wichtige Ergebnisse des Projekts dokumentiert. Wenn die Dokumentation erschienen ist, werden wir im Forum Migration darauf hinweisen. ■

Alle Kinder haben Rechte

Als 12-Jähriger floh A. S. aus Sri Lanka vor dem seit 20 Jahre tobenden Bürgerkrieg nach Deutschland. Was aus seinen Eltern wurde, ist unbekannt. Er lebte hier bei seinem Onkel, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und ihn adoptieren wollte – das Verfahren lief bereits. Von der Ausländerbehörde wurde sein Aufenthalt geduldet. Als er im Dezember 2000 seine Duldung verlängern lassen wollte, wurde er festgenommen und kam in Abschiebehaft. Zwei Tage später fand man ihn tot in seiner Zelle. Er hatte sich an seinen Schnürsenkeln erhängt. A. S. war 17 Jahre alt.

„Über 10.000 Flüchtlingskinder leben ohne ihre Eltern in Deutschland. Doch hier werden die unbegleiteten Minderjährigen nicht in erster Linie als Kinder, sondern vor allem als unerwünschte Asylsuchende behandelt.“ So beschreibt Pro Asyl die Situation der Kinder, die aus Kriegs- und Krisengebieten hierher kamen und deren Eltern oft tot oder verschwunden sind. Ihre Asylanträge werden häufig abgelehnt, sie erhalten kaum angemessene Unterstützung durch einen Vormund oder Anwalt. Wenn sie 16 sind, werden sie asyl- und ausländerrechtlich als Erwachsene behandelt, können also zum Beispiel in Abschiebehaft genommen und abgeschoben werden.

In der UN-Kinderrechtskonvention ist in Artikel 3 festgelegt: Bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder betreffen, „ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist“. Die Bundesregierung hat die Konvention 1992 unterzeichnet, allerdings mit der Einschränkung, dass sie keine beschränkenden Auswirkungen auf das deutsche Asyl- und Ausländerrecht haben dürfe. Im September hat der Bundestag die Regierung aufgefordert, die Vorbehaltserklärung zurückzunehmen. Das ist bislang nicht geschehen. Deshalb hat Pro Asyl jetzt eine Unterschriftenkampagne gestartet. Motto: „Alle Kinder haben Rechte – Für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“

Unterschriftenlisten und das Faltblatt „Alle Kinder haben Rechte“ **können kostenlos bei Pro Asyl bestellt werden.** Da gibt es auch weitere Informationen zum Thema Kinderflüchtlinge.
Pro Asyl, Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/ Main
Tel.: 069 / 23 06 88, Fax: 069 / 23 06 50
E-Mail proasyl@proasyl.de, Internet: www.proasyl.de

Kommentar

DIE WÜRDE DES MENSCHEN ALS AUFTRAG

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, MdB Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern



Als das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ im November 1998 im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN angekündigt und am 23. Mai 2000 offiziell begründet wurde, hagelte es zunächst Missverständnisse. Während die einen eine zu große Regierungsnähe fürchteten, erhofften sich die anderen von dieser Regierungsnähe neue und mehr Finanztöpfe für die Förderung von Aktionen und Initiativen gegen „Rechts“. Nicht selten waren dabei die einen wie die anderen die selben. Heute, ein Jahr danach, haben sich diese Missverständnisse verflüchtigt. Der Beirat des Bündnisses hat sich konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Über 800 Gruppen

und Einzelpersonen haben sich bereits zur Mitarbeit bereit erklärt. Täglich kommen Initiativen, Schulklassen oder eben Einzelne dazu, die nicht bereit sind den Eindruck entstehen zu lassen, als gäbe es so etwas wie eine „rechte“ Hegemonie in Deutschland. Sie sind nicht bereit, rassistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierte Gewalt lediglich achselzuckend hinzunehmen, sei sie verbaler oder körperlicher Natur. Der 23. Mai 2001 stand unter dem Motto „Jugend für Demokratie und Toleranz“. Mehr als 300 junge Leute aus ganz Deutschland, Schüler ebenso wie Auszubildende, Studenten ebenso wie Berufsanfänger, waren nach Berlin gekommen, um sich in Workshops mit Themen wie „Rechtsextremismus und Musik“ oder „Hass und Propaganda im Internet“ auseinanderzusetzen und sich untereinander wie mit zahlreichen Prominenten über die

besten Möglichkeiten und Wege im Umgang mit Extremismus und Gewalt, über die aussichtsreichsten Strategien zum Abbau von Vorurteilen und Feindseligkeiten auszutauschen – unter anderen beispielsweise mit Dieter Schulte, der dem Unterstützerkreis des Bündnisses angehört. Der 23. Mai ist als Jahrestag des Bündnisses natürlich nicht zufällig gewählt. Es ist der Tag der Verkündung des Grundgesetzes, der Verfassungstag. Der Kern unserer Verfassung ist ihr sozusagen auf die Stirn geschrieben, in ihrem allerersten Artikel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Diesem Auftrag des Grundgesetzes will das Bündnis täglich nachkommen und ihn durch Aktionen und Initiativen, Ideen und Diskussionen mit Leben erfüllen. Nicht nur am 23. Mai, nicht nur im Jahr 2001. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ ist auf Dauer angelegt. Und es wird einen langen Atem brauchen.

Impressum

FORUM MIGRATION Herausgeber: DGB-Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel: 0211/43 01-141 (-351) **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt und **Koordination:** Klemens Büsch **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.